

**Vorlage für die Sitzung der
STAATLICHEN Deputation für Inneres
am 20.10..2016**

Vorlagen Nr.: 19/81

Zu Punkt 4 der Tagesordnung

Beratung der Anträge:

- **„Vorausschauende Polizeiarbeit“ ermöglichen – Einbruchskriminalität effektiver bekämpfen – Menschen im Land vor Einbrecherbanden schützen (Drs. 19/18 BB-L) und**
- **Sicherheitsgefühl stärken - Aufklärung von Einbrüchen verbessern! (Drs. 19/432 BB-L)**

A. Problem

Die Bremische Bürgerschaft (Landtag) hat den Entschließungsantrag der Fraktion der FDP „Sicherheitsgefühl stärken - Aufklärung von Einbrüchen verbessern!“, vom 17. Mai 2016 in ihrer 27. Sitzung am 25. August 2016 und den Antrag der Fraktion der CDU „Vorausschauende Polizeiarbeit“ ermöglichen – Einbruchskriminalität effektiver bekämpfen – Menschen im Land vor Einbrecherbanden schützen, vom 8. Juni 2015, in ihrer 5. Sitzung am 24. September 2015 zur Beratung und Berichterstattung an die staatliche Deputation für Inneres verwiesen.

B. Lösung

Da sich die beiden Anträge mit dem Thema Einbruchskriminalität befassen, werden sie gemeinsam in einer Vorlage beantwortet. Der Senator für Inneres legt hierzu den nachfolgenden Bericht vor.

Antrag: „Vorausschauende Polizeiarbeit“ ermöglichen – Einbruchskriminalität effektiver bekämpfen – Menschen im Land vor Einbrecherbanden schützen (Drs. 19/18 BB-L)

Antragstext:

„Die Bremische Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bremische Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, eine Software für die Analyse von Einbruchsfällen anzuschaffen und den Polizeibehörden in Bremen und Bremerhaven mit dieser sogenannter „Predictive-Policing“ Software auszustatten. Sie soll zunächst in der Stadtgemeinde Bremen im Rahmen eines Modellversuchs zum Einsatz kommen.“

Predictive Policing wird allgemein definiert als das Heranziehen verschiedener Datenquellen, anhand deren Analyse dann zukünftige Straftaten antizipiert und durch angemessene Reaktionen verhindert werden sollen. Es wird betont, dass Predictive Policing nichts mit einem Blick in die Kristallkugel zu tun habe. Durch die Software werden Daten so aufbereitet, dass mittels statistischer Analysen mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit auf zukünftige Tatorte geschlossen werden kann. Sie setzt wiederkehrende Muster und eine entsprechende Datenlage voraus.

Grundlage ist die kriminologische Erkenntnis, dass bestimmte Tätertypen für Folgetaten oftmals in die räumliche Nähe von ihren „erfolgreichen Tatorten“ zurückkehren (near repeat). Diese Grundannahme wird in Bremen auch ohne Predictive Policing Softwareeinsatz, sowohl im präventiven als auch im operativen Ansatz, bei der Maßnahmenplanung berücksichtigt.

Grundvoraussetzung für den Einsatz einer Predictive Policing Software ist immer die Verknüpfung von Fallzahlen und Geo-Daten. Die Polizei Bremen entwickelt daher die Verarbeitung von Geo-Daten zur Lageauswertung weiter. Des Weiteren ist bei einer Entscheidung für eine „Predictive Policing“ Lösung zu bedenken, dass entsprechende Analysestellen personell hinterlegt werden müssen und für nachfolgende präventive und operative Maßnahmen ein erhöhter Personalansatz erforderlich ist. Eine Entscheidung über die Anschaffung der Analysesoftware setzt die Schaffung der o.a. IT-Voraussetzungen und die Bereitstellung entsprechender personeller Ressourcen voraus.

Derzeit liegen keine Erkenntnisse über die Wirksamkeit von Predictive Policing vor. Ebenso sind keine Konzepte bekannt, die Aufschluss über eine erfolgreiche Verknüpfung der Analyseinstrumente mit operativen Maßnahmen geben. Alle Berichte hierzu stammen von den Herstellerfirmen selbst. Die bei einer Predictive Policing Software verwendeten Algorithmen betrachten die Firmen als Betriebsgeheimnis. So kann nicht nachvollzogen werden, wie die Ergebnisse berechnet werden.

Zurzeit werden in einigen Bundesländern verschiedene Systeme getestet. Bayern und Baden-Württemberg nutzen das System PreCops (Fa. PreCops). Es liegen erste Erfahrungen vor. Diese besagen, dass eine gewisse Kriminalitätshäufigkeit erreicht werden muss, daher eignen sich für das Instrument eher Ballungsräume als ländlich strukturierte Gebiete. Teilweise gibt es Rückgänge in den Testgebieten. Ob diese Rückgänge auf den Einsatz der Software zurückgehen, kann bisher nicht gesagt werden.

Zurzeit entwickeln einige Länderpolizeien eigene Ansätze / Produkte auf Basis ihrer Vorgangsbearbeitungssysteme, um die Wirksamkeit unabhängig und mit Kenntnis der verwendeten Algorithmen zu testen. In Schleswig-Holstein wird zurzeit an einer Dissertation zum Thema in Zusammenarbeit mit der Fachhochschule auf Basis von @rtus gearbeitet. Berlin plant in einer Polizeidirektion einen Probelauf mit selbst entwickelter Software auf Basis des Vorgangsbearbeitungssystems.

Nordrhein-Westfalen nutzt im Testbetrieb das Programm SCALA (IBM) auf Basis von SpSS in Köln und Duisburg. Rückgänge der Fallzahlen wurden festgestellt. Die Evaluation erfolgt

durch die Gesellschaft für innovative Sozialforschung und Sozialplanung e.V. | Kohlhöckerstr. 22 | 28203 Bremen.

Im Rahmen der 204. Sitzung der Innenministerkonferenz (IMK) im Juni 2016 wurde die Thematik „Predictive Policing“ erörtert. Die IMK hat in diesem Zusammenhang festgestellt, dass große elektronisch generierte Datenmengen, wenn sie systematisch analysiert und verarbeitet werden können, eine wirkungsvolle Ergänzung polizeilicher Einsatzplanung und kriminalpolizeilicher Ermittlungsführung darstellen können. Vor diesem Hintergrund wurde die AG Kripo beauftragt, unter Einbeziehung internationaler polizeilicher Erfahrungen sowie aktueller Forschungsvorhaben, Einsatzmöglichkeiten und Wirkungsgrad von Predictive Policing zu untersuchen und der IMK zur Frühjahrstagung 2017 einen ersten Sachstandsbericht hierüber vorzulegen.

Die Polizei Bremen verfügt derzeit nicht über ein geeignetes Instrument, um die im Vorgangsbearbeitungssystem (Artus) vorhandenen Daten systematisch zu analysieren und zu verarbeiten. Die Einführung einer entsprechenden Analyseinstrumentes wird voraussichtlich mit erheblichen Kosten verbunden sein. Es wird eine Kooperation mit Schleswig Holstein angestrebt. Derzeit verfolgt die Polizei die laufenden Projekte in den Ländern und wartet die dort erlangten Ergebnisse sowie das Ergebnis der eingesetzten Arbeitsgruppe der AG Kripo ab, um zu gegebenen Zeit eine Entscheidung über den Einsatz eines entsprechenden Analyseinstrumentes zu entscheiden.

Fazit: Die weitere Entwicklung im Bund und in den Ländern sollte aus den vorgennannten Gründen abgewartet werden.

Antrag: Sicherheitsgefühl stärken - Aufklärung von Einbrüchen verbessern! (Drs. 19/432 BB-L)

Antragstext:

„Die Bremische Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

- 1) Die Bremische Bürgerschaft (Landtag) sieht in der Bekämpfung von Wohnungseinbruchsdiebstahl, der ein massives Eindringen in den persönlichen Lebensbereich von Opfern darstellt, einen Schwerpunkt der Arbeit der Polizei in Bremen und Bremerhaven.
- 2) Die Bremische Bürgerschaft (Landtag) hält eine Aufklärungsquote von 5,4 Prozent in Bremen und 8,7 Prozent in Bremerhaven für zu gering und mahnt an, dass diese in Zukunft dringend gesteigert werden muss, um das Sicherheitsgefühl der Bremerinnen und Bremer zu stärken.
- 3) Die Bremische Bürgerschaft (Landtag) regt an, dass die Polizei Bremen eine Sonderermittlungsgruppe Einbruchkriminalität, zunächst für die befristete Dauer von 3 Jahren, einrichtet.
- 4) Die Bremische Bürgerschaft (Landtag) hält
 - a. die Erhöhung der Zielzahl auf mindestens 2.600 VZE bei der Polizei Bremen für dringend notwendig;
 - b. die Erhöhung der Zielzahl auf mindestens 486 VZE bei der Polizei Bremerhaven für dringend notwendig.“

- 1. Die Bremische Bürgerschaft (Landtag) sieht in der Bekämpfung von Wohnungseinbruchsdiebstahl, der ein massives Eindringen in den persönlichen Lebensbereich von Opfern darstellt, einen Schwerpunkt der Arbeit der Polizei in Bremen und Bremerhaven.**

Der Wohnungseinbruchsdiebstahl und die damit einhergehende Verunsicherung der Bevölkerung ist seit Jahren bei den Polizeien in Bremen und Bremerhaven ein Schwerpunkt der polizeilichen Arbeit.

Im Land Bremen wurde der Bekämpfung von Wohnungseinbruchsdiebstahl auf Grund der hohen Fallzahlen bereits spätestens seit 2010 eine hohe Bedeutung zugeschrieben. In mehreren ressort- und teils länderübergreifenden Arbeitsgruppen wurde und wird das Themenfeld eng begleitet. So hat sich das Land Bremen zusätzlich 2012 wissenschaftlich evaluieren und beraten lassen (Wissenschaftler Prof. Dr. Feltes) und Bremerhaven darüber hinaus jüngst an der KfN-Studie „Wohnungseinbruch: Polizeiliche Ermittlungspraxis und justizielle Entscheidungen im Erkenntnisverfahren“ (Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen e.V. – Forschungsbericht 130) teilgenommen. Die Erkenntnisse und Empfehlungen dieser wissenschaftlichen Begleitung fließen in die polizeiliche Arbeit ein und unterstreichen den Fokus auf den Phänomenbereich.

Die Polizei Bremen beschäftigt sich intensiv im Präventionsbereich mit dem Thema Einbruchschutz. Das Präventionszentrum bietet dazu laufend Informationsveranstaltungen und Vorträge zum Thema Einbruchschutz an. Die Resonanz ist in der Bevölkerung durchweg positiv

In Bremerhaven erfolgte die Bearbeitung der Wohnungseinbruchskriminalität seit 2011 bis Juni 2015 in Form einer Ermittlungsgruppe im Rahmen einer ‚Besonderen Aufbauorganisation‘ (BAO). Nach Anpassungen in der Alltagsorganisation wird der WED nunmehr in den regional zuständigen Polizeikommissariaten bearbeitet.

2. Die Bremische Bürgerschaft (Landtag) hält eine Aufklärungsquote von 5,4 Prozent in Bremen und 8,7 Prozent in Bremerhaven für zu gering und mahnt an, dass diese in Zukunft dringend gesteigert werden muss, um das Sicherheitsgefühl der Bremerinnen und Bremer zu stärken.

Mit dem Ziel, die Fallzahlen bei Wohnungseinbrüchen zu verringern und die Aufklärungsquote zu erhöhen, setzen die Polizeien in Bremen und Bremerhaven ein umfassendes Maßnahmenbündel um. Dazu gehören insbesondere:

- Intensive täterorientierte Ermittlungen in Fachkommissariaten,
- Einrichtung von Ermittlungsgruppen bzw. regionalen Einsatz- und Ermittlungsgruppen und Schwerpunktteams in der sog. Dunklen Jahreszeit
- schnelle Hinweisbearbeitung im Einsatzgeschehen (110-Prozess),
- aktive Personenüberprüfung durch uniformierte und zivile Kräfte,
- Observationen von Orten oder Personen,
- Informationsaustausch zwischen Ermittlern und Einsatzkräften,
- Zeugenfindungsmaßnahmen.

Spezifische zielgruppenorientierte Präventionsmaßnahmen wie z. B.

- Regionale Öffentlichkeitsarbeit „Mit den Augen des Täters“, „Wachsamer Nachbar“
- Augen unserer Stadt „Frühaufsteher, Jogger, Hundehalter, Zeitungsausträger“
- Aufsuchende Beratungsgespräche
- Künstliche DNA, Verbesserung der technischen Sicherung von Wohnungen
- Opfernachsorge

unterstützen die taktisch operativen Ermittlungsansätze.

Festzustellen bleibt im Übrigen, dass die Reduzierung von Fallzahlen und die Erhöhung von Aufklärungsquoten in einem direkten Verhältnis zu personellen Möglichkeiten im Ermittlungs- und Einsatzbereich stehen.

Darüber hinaus hat die Polizei Bremen ein sogenanntes „**Einbruchsradar**“ entwickelt. Das Einbruchsradar ist ein Instrument der Öffentlichkeitsarbeit und sieht eine Veröffentlichung der Tatorte von Wohnungseinbrüchen im Internet unter Wahrung des Datenschutzes vor. Auf einer interaktiven Karte werden die Tatorte als Kachelsymbol dargestellt. Jeder interessierte Bürger kann die Tatorte der vergangenen Woche / 14 Tage ansehen und so gegebenenfalls seine Beobachtungen in einen Zusammenhang bringen und der Polizei mitteilen.

Das Einbruchsradar soll die Betroffenheit der Bevölkerung erhöhen und so zur Mitwirkung auffordern. So sollen u. a. Zeugenhinweise gewonnen werden. Die Hypothese lautet: Wenn das Entdeckungsrisiko für den Täter steigt, sinken die Fallzahlen. Um das zu erreichen ist ein besseres Zusammenspiel zwischen Bürger und Polizei erforderlich. Der Bürger wird aufgefordert, auffällige Beobachtungen unverzüglich der Polizei zu melden, um so Täter noch am Tatort zu ergreifen und das möglichst noch vor Tatvollendung. Das bedeutet beste Chancen für eine Verurteilung und eine hohe Abschreckung. Die Veranstaltung Tag des Einbruchschutzes gilt parallel auch als Startschuss für das **Einbruchsradar**. Hierzu wird das Projekt Einbruchsradar der Öffentlichkeit am 26.10.16 vorgestellt.

3. Die Bremische Bürgerschaft (Landtag) regt an, dass die Polizei Bremen eine Sonderermittlungsgruppe Einbruchkriminalität, zunächst für die befristete Dauer von 3 Jahren, einrichtet.

Im Rahmen der „Reform 2600“ der Polizei Bremen wird auch der Prozess zur Bekämpfung des Wohnungseinbruchdiebstahls überprüft und gegebenenfalls angepasst bzw. optimiert. Die Einrichtung eines Einbruchskommissariates ist in der neuen Organisation vorgesehen.

Im Zusammenhang mit der strategischen Schwerpunktsetzung der Polizei Bremen zur Bekämpfung des Wohnungseinbruchdiebstahls wurde mit der Polizeidirektion Oldenburg (NI) eine Grundsatzentscheidung zur Einrichtung und Betreibung einer gemeinsamen, zentralen Auswertestelle getroffen. Deren ausschließlicher Auftrag lautet Ermittlungsverfahren für alle Polizeiinspektionen der PD Oldenburg, der Polizei Bremen und der Gemeinsamen Ermittlungsgruppe Bremen – Oldenburg (GEBO) zu generieren (Serienerkennung). Ziel ist es durch eine Zusammenlegung von Analyseressourcen die Bekämpfungsansätze im Bereich (Tages-) Wohnungseinbruch nachhaltig zu verstärken, um zielgerichtet gegen örtliche und überörtliche Einbrecher/Wohnungseinbrecher innerhalb der beiden Zuständigkeitsbereiche vorzugehen.

Mit Beginn der dunklen Jahreszeit steigen immer wieder die Fallzahlen an. Lageangepasst verstärkt die Polizei dazu auch ihre Präventionsaktivitäten. Dazu wird u.a. am 30.10.16 in der Unteren Rathauhalle der „Tag des Einbruchschutzes“ – bereits zum fünften Mal – durchgeführt. Mit verschiedenen Kooperationspartnern versucht die Polizei die Bürger und Bürgerinnen weiter zu sensibilisieren und zu mehr Vorsorge beim Einbruchschutz zu bewegen. Durch den Einsatz von besserer Sicherheitstechnik scheitern immer mehr Täter bei der Tatausführung was sich in einer Steigerung der versuchten Einbruchszahlen niederschlägt.

Im Rahmen der Ermittlungstätigkeiten wurden sogenannte Schwerpunktermittler WED in den Polizeikommissariaten der Polizei Bremen eingerichtet. Zudem werden lageangepasst in den Polizeiinspektionen „Regionale Eingreif- und Ermittlungsgruppen“ (REEG) gebildet, die sich insbesondere der Bekämpfung der Einbruchskriminalität widmen.

- 4. Die Bremische Bürgerschaft (Landtag) hält**
- a. die Erhöhung der Zielzahl auf mindestens 2.600 VZE bei der Polizei Bremen für dringend notwendig;**
 - b. die Erhöhung der Zielzahl auf mindestens 486 VZE bei der Polizei Bremerhaven für dringend notwendig.**

Die Bremische Bürgerschaft hat eine Erhöhung der Zielzahl bei der Polizei Bremen auf 2.600 beschlossen. Für die Polizei Bremerhaven sieht der von der Bürgerschaft beschlossene Haushalt eine Zielzahl von 474 vor. Dies entspricht der Vereinbarung zwischen Magistrat und Senat.

Fazit: Der Gegenstände des Antrages sind in vielen Teilen zur administrativen Umsetzung bereits festgehalten oder schon finalisiert. Die beschriebenen Konzepte der Polizei und organisatorische Maßnahmen werden zurzeit umgesetzt. Eine weitere Befassung wird daher nicht vorgeschlagen.

C. Beschlussvorschlag

Die staatliche Deputation für Inneres beschließt den Bericht des Senators für Inneres und

- empfiehlt der Bremischen Bürgerschaft mit den Stimmen von ... gegen die Stimmen von ... bei ... Enthaltungen den Antrag „Sicherheitsgefühl stärken - Aufklärung von Einbrüchen verbessern! (Drs. 19/432 BB-L)“ ; Und
- empfiehlt der Bremischen Bürgerschaft mit den Stimmen von ... gegen die Stimmen von ... bei ... Enthaltungen den Antrag „Vorausschauende Polizeiarbeit“ ermöglichen – Einbruchskriminalität effektiver bekämpfen – Menschen im Land vor Einbrecherbanden schützen (Drs. 19/18 BB-L)“

Sie bittet die Geschäftsstelle der Deputation für Inneres den Bericht an die Bremische Bürgerschaft (Landtag) zu übermitteln.